

Vergemeinschaftung des Spärschutzes im Euroraum

## Politische Beruhigungspillen

Das deutsche „Nein“ zur Vergemeinschaftung des Spärschutzes im Euroraum werde zum „Ja, aber“, meldete die FAZ. Das stimmt – aber es ist letztlich noch viel schlimmer. Denn bereits im November 2017 veröffentlichte die Europäische Zentralbank (EZB) ein Papier, nach dem die Banken-Einlagensicherung nicht mehr nötig sei. Der bisherige Schutz der Kontoinhaber für den Fall einer Bankensolvenz könne wegfallen. Für manche ist dies ein positives Zeichen, die Bankenkrise wohl überwunden.

Oder ist es nur eine Beruhigungspille, um möglichen Bankruns vorzubeugen? Immerhin wurde 2017 die Banca Monte dei Paschi di Siena vom italienischen Staat „gerettet“, der Aktienkurs der Deutschen Bank ging auf Talfahrt, und die Banco Popular Español wurde für einen Euro von Santander übernommen. Es erscheint angeraten, daß sich Bürger eine gehörige Bargeldreserve halten. Immerhin gibt es Überlegungen der EZB, im Krisenfall für bestimmte Gruppen eine Fünf-Tage-Bankensperre zu verhängen. Das kann zu Problemen führen. Wer dann Bargeldreserve besitzt, ist auf der sicheren Seite und zudem vor negativen Zinsen geschützt.

Nun beabsichtigt der geschäftsführende Finanzminister Peter Altmaier (CDU), Bankenabgaben wie geplant in nationale Sicherungsfonds einzahlen zu lassen und diese in einen europäischen Topf zu überführen. Eine der Bedingungen: die Banken müssen so viel Geld vorhalten, daß

im Fall einer Abwicklung das Kapital privater Gläubiger zur Risikodeckung ausreicht. Zu den Gläubigern zählen auch private Kontoinhaber. Aber deren Konten sind doch bis zu 100.000 Euro abgesichert – oder? Aber wer bietet denn diese Sicherheit? Wir, die Bürger. Wir haften für Banken, obwohl wir an deren Gewinnen nicht partizipieren. Das widerspricht dem Gebot der Fairneß.

Das derzeitige Einlagensicherungssystem ist ein ordnungspolitischer Irrsinn: Banken, die bekanntlich Konkurrenten sind, haften füreinander. Wo gibt es das sonst noch? Das System verleitet zu Leichtfertigkeit; denn die Akteure haften nicht nur für sich, sondern lassen auch noch andere mithaften. Der Haftungsverband verschleierte Risiken. Domino-Effekte sind nicht ausgeschlossen.

Zudem ist die EZB als Bankenkontrollinstitution völlig ungeeignet. Da sie Geld an Banken verleiht, kommt sie in einen Interessenkonflikt, wenn sie in ihrer Kontrollfunktion eine Bank in die Insolvenz schicken müßte. Hier wäre die deutsche Finanzmarktaufsicht BaFin eher gefordert. Was wäre sinnvoll? Es sollte die Möglichkeit gegeben werden, daß Bankanlagen als Sondervermögen geführt werden können. Dieses wäre dann im Falle einer Bankeninsolvenz unantastbar – zur Sicherheit der Bürger und der Wirtschaft. Fonds und ihre Kontrollen wären dann überflüssig. Banken müßten das von ihnen benötigte Kapital auf dem Kapitalmarkt besorgen.



VON BRUNO HOLLNAGEL

»Die Bankanlagen der Bürger müssen als Sondervermögen geführt werden.«

Merkel und Trump beim jährlichen Weltwirtschaftsforum Davos

## Zwei Erfolgsmenschen

Von Thomas Kirchner

Gleich bei seiner Ankunft in Davos mußte Donald Trump eine Mini-Krise entschärfen: ein Satz seines Finanzministers Steven Mnuchin war als Ende der Politik des starken Dollars fehlinterpretiert worden und sorgte auf den Devisenmärkten für Turbulenzen. Währungspolitik mit sorgfältig durchdachten Diplomatenkläuseln – nicht gerade eine Stärke des Geschäftsmännerkabinetts.

Doch im Kreis von seinesgleichen läuft Trump zur Hochform auf. Seine Amtsvorgänger George W. Bush und Barack Obama hatten die Eliteveranstaltung im Wintersportortant Graubünden gemieden, sie fürchteten negative Schlagzeilen. Um so überraschender ist der Auftritt Trumps, der sich immer noch anti-elitär gibt. Dementsprechend standen die Zusammenkünfte mit Wirtschaftsbossen im Zeichen der „America first“-Politik. Spitzenmanager, die Trump einst verteuftelt hatten, versprachen nun brav, wieviel sie in den USA zu investieren gedenken. Insbesondere in Anbetracht der Steuerreform,

deren Auswirkungen auch dem Exportweltmeister Deutschland neues Wachstum bescheren. Im Wahlkampf nach als Rassist gebrandmarkt, kann Trump heute die niedrigste Arbeitslosigkeit bei Afroamerikanern und Latinos seit Jahrzehnten vorweisen. In nur einem Jahr hat Trump mehr Überregulierungen abgeschafft als jede Regierung vor ihm in vier.

Auf niedrige Arbeitslosenquoten kann auch Angela Merkel verweisen, doch nicht wegen, sondern trotz ihrer Politik. Ohne die EZB-Niedrigzinspolitik der EZB hätten ihre teuren Sozial- und Migrationsverpflichtungen längst Auswirkungen auf die Wirtschaft gezeigt. Statt Steuersenkungen zu initiieren, schob sie entsprechenden Forderungen immer einen Riegel vor. Statt Deregulierung gab es eine milliardenwerte Energiewende, immer mehr EU-Vorschriften, Euro-Haftung und bald auch noch EU-Steuern. In Davos waren Merkel und Trump die beiden Erfolgspolitiker. Doch Amerika boomt wegen Trump. Deutschland boomt trotz Merkel.

# Ein Konstrukt mit erheblichen Freiräumen

EU-Währungsfonds: Die Nationalstaaten verlieren Macht an die EU-Zentrale / Neue Finanzierungsinstrumente

DIRK MEYER

Anlässlich des 55. Jahrestags des Élysée-Vertrags kündigten Angela Merkel und Emmanuel Macron einen neuen Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit an. Man wolle damit „gemeinsam Sicherheit, Frieden und Entwicklung fördern“ und sich „mit Entschlossenheit dafür einsetzen, europäische Antworten auf die Herausforderungen der unkontrollierten Migration zu finden“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung der Bundeskanzlerin und des französischen Präsidenten. Es werden sogar globale Ansprüche angemeldet: „Gemeinsam streben wir nach Nachhaltigkeit und dem Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft in unseren Ländern, der Europäischen Union und weltweit.“

Durch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik solle die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und die „wirtschaftliche, fiskalische und soziale Konvergenz“ befördert werden. Ein Europäischer Währungsfonds (EWF) wird hingegen nicht direkt gefordert – aber auch nicht ausgeschlossen. Das war aber auch nicht nötig, denn Macht und Herrschaftswissen gekoppelt mit Intransparenz kennzeichnen das Vorgehen der EU-Kommission in ihrem im Dezember 2017 vorgelegten Plan „Zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion Europas“ (JF 51/17).

### Kommt ein dauerhaftes Transfer- und Kreditssystem?

Es ist das mehrfach bewährte Muster: Schemenhaft bereits im „Bericht der fünf Präsidenten“ (2015 unter Mitwirkung von Martin Schulz als damaligen Präsidenten des EU-Parlaments) umrissen, geeignet um kritische Stimmen als immer dieselbe Litanei für das Publikum leerlaufen zu lassen; dann konkretere Umsetzungen terminlich in einem Fahrplan festgelegt, in dem aber wiederum Freiräume für zukünftige „integrative“, sprich umverteilende Anpassungen offengehalten werden. Gerade diese Wiederholungen in Kombination mit begrifflichen Vieldeutigkeiten und Offenhaltungen lassen das öffentliche Interesse erlahmen.

So auch geschehen im Plan der Umwandlung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in einen EWF. Hintergrund ist zum einen, daß der Internationale Währungsfonds (IWF) als Kreditgeber und technischer Berater in der Programmüberwachung zukünftig nicht mehr zur Verfügung stehen will und die Europäische Zentralbank (EZB) ebenfalls einen Rückzug anstrebt. Zum anderen sind die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedern der Währungsunion so gravierend, daß ein dauerhaftes und aufgestocktes Transfer- und Kreditssystem als Notlösung in Ermangelung einer funktionsfähigen Fiskalunion unvermeidlich erscheint, soll die Währungsunion nicht mittelfristig auseinanderbrechen.

Die geplante Umwandlung des ESM in einen EWF hat zwei Aspekte – einen formalrechtlichen und einen ökonomisch-funktionalen. Juristisch strebt die Kommission einen Wechsel



Angela Merkel mit Emmanuel Macron: Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion Europas?

vom zwischenstaatlichen Völkerrecht (ESM-Vertrag) in supranationales Gemeinschaftsrecht (EWF als EU-Institution) an. Dieser scheinbar belanglose Rechtswechsel hat schwerwiegende Konsequenzen. Die Nationalstaaten wären nicht mehr allein Herren über ein Stammkapital von 700 Milliarden Euro (Bareinlage: 80 Milliarden Euro/Garantien 620 Milliarden Euro) und von einem möglichen Kreditvolumen in Höhe von 500 Milliarden Euro (derzeit ausgereicht 273 Milliarden Euro).

Zum Vergleich: Der IWF kann maximal Kredite von zirka 360 Milliarden Euro bereitstellen (derzeit sind etwa 80 Milliarden Euro vergeben). Zukünftig würden die Hilfsprogramme von der Kommission vorgeschlagen, sodann vom EU-Ministerrat beschlossen. Das Ganze würde zudem unter der Rechenschaftspflicht gegenüber dem EU-Parlament und unter Aufsicht durch den Europäischen Finanzminister stehen. Die Kommission und das EU-Parlament würden mangels Gleichheit der Stimmrechte als ein Vielvölkerparlament Einfluß auf nationalstaatliche Mittel nehmen.

Allenfalls der Zeitverbrauch für diesen Entscheidungsprozess stellt die

Wirksamkeit in Frage. Doch auch hier ist bereits eine Lösung vorgesehen: Vorsorgliche Kreditlinien und eine teilweise Abkehr vom Einstimmigkeits-/Vetoprinzip hin zu einer qualifizierten Mehrheit von 85 Prozent der nach Kapitalanteilen gewichteten Stimmen in den EWF-Gremien. Deutschland (26,7 Prozent), Frankreich (20,2 Prozent) und auch Italien (17,8 Prozent) könnten allerdings weiterhin Beschlüsse verhindern.

### Ausfallfonds für kommende Bankenabwicklungen?

Der zweite Aspekt betrifft die Erweiterung der Funktionen des EWF. Bislang konnte der ESM nur für Liquiditätshilfen in Anspruch genommen werden. Diese waren gemäß Artikel 136 Absatz 3 AEUV an drei Voraussetzungen gebunden: Gefährdung der Finanzstabilität der Eurozone, Solvenz des kreditnehmenden Landes und ein strenges Auflagenprogramm. Dies entspricht in etwa der Konstruktion des IWF, der aber strengere Anforderungen an die Schuldentragfähigkeit und die wirtschaftspolitischen Auflagen von Krisenstaaten legt, was letzt-

lich zur Nichtbeteiligung am dritten Griechenland-Hilfsprogramm führte. Zukünftig soll der EWF auch als Letztzicherung – sprich Ausfallfonds – für den Bankenabwicklungsfonds (SRF) dienen.

Dieser SRF soll 2024 mit 55 Milliarden Euro vollständig gefüllt sein, um im Falle von Banken Krisen anstelle von Liquiditätshilfen der EZB selbst aushelfen zu können. Gemessen an der Bilanzsumme der zehn größten europäischen Banken hat dieser Feuerwehrrfonds jedoch nur einen Anteil von 3,8 Prozent. Insofern dürfte eine Inanspruchnahme des EWF als Backstop für den Bankenabwicklungsfonds bei einer größeren Bankenkrise unabdingbar sein. Ob die vorgesehenen Überbrückungskredite dann rückzahlbar sein werden, dürfte nach den italienischen Bankenrettungen des letzten Jahres fraglich sein.

Dann spricht die Kommission von weiteren Etat- und Finanzierungsinstrumenten, die unter dem Dach des EWF errichtet werden könnten: (a) ein Konvergenzfonds für finanzielle und technische Hilfen beitragswilliger Länder; (b) ein Stabilisierungsfonds (Rainy-Day-Fonds) für unverschuldete wirtschaftliche Notlagen; (c) ein Reform-Unterstützungsfonds, der die kurzfristigen finanziellen Folgen langfristiger positiver Reformen unter Umständen helfen soll. Eine Kombination dieser Hilfeeinrichtungen im EWF weicht die strengen Zugangskriterien auf.

Mit dem EWF in dieser Form resultiert eine Verschiebung auf drei Ebenen: Die Nationalstaaten verlieren Macht an die EU-Zentrale, die kreditfinanzierte, bündische Notstandsfinanzierung gegen Auflagen mutiert zu endgültigen Transferleistungen aus Familienbanden; statt Regelbindung kommt es zu politischen Entscheidungen auf Basis einer Pseudo-Demokratisierung. Martin Schulz kommt damit seiner Idee der Vereinigten Staaten von Europa bis 2025 jedenfalls ein Stück näher.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

### Vergleich zwischen ESM und EWF

Kreditfinanzierte Notstandsfinanzierungen

**ESM**

- Notfallfonds
- Stammkapital 700 Mrd.
- Kapitalanteil D 26,9 Prozent
- Kreditvolumen 500 Mrd. Euro
- Bedingungen (Art. 136 Abs. 3 AEUV) Gefährdung der Finanzstabilität
- Schuldentragfähigkeit ist gewährleistet
- strenges Auflagenprogramm
- Gouverneursrat aus EU-Finanzministern entscheidet
- Völkerrechtlicher Vertrag der Eurostaaten

**Gefahren**

- Politisierung statt Regelbindung
- Zentralisierung/Machtzuwachs der EU-Kommission
- Notfallfonds (Kredite) wird zum Umverteilungsfonds (Transfers)

**EWF**

- Überführung des ESM in das EU-Recht (700 Mrd. Euro) in: Notfallfonds
- Letztzicherung für Bankenabwicklungsfonds
- Einbindung weiterer Fonds möglich
- Strukturfonds für Reformreize (300 Mrd. Euro)
- Konvergenzfonds für Beitrittsländer
- Rainy-Day-Fonds für wirtschaftliche Krisen (100 Mrd. Euro)
- Gouverneursrat aus EU-Finanzministern entscheidet

**Überwachung** durch Europäischen Finanzminister Einfluß von EU-Kommission und EU-Parlament unbestimmt

### Ihr Bestellschein

JF-Buchdienst · Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin  
Fax: 030 - 86 49 53 - 40 · Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: [www.jf-buchdienst.de](http://www.jf-buchdienst.de)

Bestelladresse: Deutschland-Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,90. Postalisches Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umsatzsteuer ausgenommen.

Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen! Kundennummer (falls zur Hand)

Vorname/Nachname

Strasse/Nr. (kein Postfach)

PLZ/Ort

Telefon  E-Mail

Datum/Unterschrift

Deutschland-Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,90. Postalisches Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umsatzsteuer ausgenommen.

JF BUCHDIENST  
JUNGE FREIHEIT Medienversand

gehen Sie online:  
[jf-buchdienst.de](http://jf-buchdienst.de)

Markus C. Kerber

Europa ohne Frankreich?

Deutsche Anmerkungen zur französischen Frage

Vor der französischen Präsidentschaftswahlen fragten sich die Deutschen: Tickt Frankreich anders? 30%-Prognosen für den Front National und allerlei Skandale sorgen für Verwirrung. Markus C. Kerber hinterfragt das deutsch-französische Verhältnis frei von tradierten Konventionen. 224 S., Pb.



Best.-Nr.: 93486

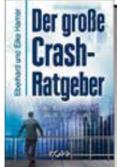
EUR 13,00

Eberhard und Eike Hamer

Der große Crash-Ratgeber

Was tun vor, im und nach dem Crash?

Die beiden Wirtschafts- und Mittelstandsexperten Eberhard und Eike Hamer rechnen mit einem baldigen Crash. Sie möchten private Vermögensbesitzer, kleine und mittelständische Unternehmer sowie Freiberufler in die Lage versetzen, ihr Vermögen umzudisponieren und zu retten. 269 S., geb.



Best.-Nr.: 93362

EUR 22,95

Wolfgang Hetzer

Bankendämmerung

Die Deutsche Bank in der Finanzkrise

Die Deutsche Bank steht im Zentrum der gegenwärtigen Krise des Finanzkapitalismus. Wolfgang Hetzer zeigt, wie das einstige Flaggschiff der deutschen Wirtschaft durch entsetzten Wertpapierhandel und grenzenlose Geldproduktion zum internationalen Risikofaktor geworden ist. 132 S., Pb.



Best.-Nr.: 93604

EUR 16,00

Hans-Olaf Henkel, Joachim Starbatty

Deutschland gehört auf die Couch!

Warum Angela Merkel die Welt rettet und unser Land ruiniert

Die beiden renommierten Autoren führen Merkels Politik auf fehlendes Selbstbewusstsein, ideologische Gesinnungsethik und ein krankhaftes Helfersyndrom als Reaktion auf die Untaten des Naziregimes zurück. Sparer, Mittelstand und künftige Generationen werden die Rechnung bezahlen. 256 S., geb.



Best.-Nr.: 93203

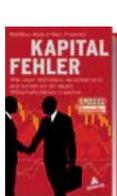
EUR 19,90

Matthias Weik, Marc Friedrich

Kapitalfehler

Wie unser Wohlstand vernichtet wird und warum wir ein neues Wirtschaftsdenken brauchen

Die Finanzkrise 2008 hat die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrunds getrieben. Doch ihre Ursachen sind bis heute nicht verstanden worden. Die Autoren zeigen, warum der Finanzkapitalismus immer wieder daran scheitert, unseren enormen Wohlstand fair und nachhaltig zu verteilen. 352 S., geb.



Best.-Nr.: 93133

EUR 19,99

Matthias Weik, Marc Friedrich

Tb., Der Crash ist die Lösung

Warum der finale Kollaps kommt und wie Sie Ihr Vermögen retten

Die Rettung des Finanzsystems führt zum Staatsbankrott Deutschlands. Hinter den Kulissen wird die Enteignung der Bürger vorbereitet. Konten, Staatsanleihen, Renten- und Lebensversicherungen verlieren dann ihren Wert. Erfahren Sie, wie Sie sinnvoll in Sachwerte investieren. 368 S., Pb.



Best.-Nr.: 92999

EUR 10,99

Wolfgang Bittner

Die Eroberung Europas durch die USA

Eine Strategie der Destabilisierung, Eskalation und Militarisation. Erweiterte und komplett überarbeitete Neuauflage

Die USA entkernen die Souveränität osteuropäischer Staaten. Wolfgang Bittner analysiert die verhängnisvolle Einflussnahme der US-amerikanischen Regierung vom Beginn der Maidan-Ereignisse über die Zuspitzung des Konfliktes mit Rußland bis zur aktuellen Entwicklung unter Trump. 254 S., Pb.



Best.-Nr.: 92731

EUR 18,00

Abbildungen können vom Original abweichen!